

Inhaltsverzeichnis

Die Zahlen am rechten Rand verweisen auf die Seiten.

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	XI
Abbildungsverzeichnis	XXIX
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Teil 1: Gegenstand und Methodik der Untersuchung	1
A. Gegenstand der Untersuchung: Dezentralisierung als Bestandteil der Staats- und Verwaltungsreform im französischsprachigen Westafrika, insbesondere Burkina Faso	1
I. Gegenstand und thematische Abgrenzung der vorliegenden Untersuchung	2
II. Arbeitsdefinition der Dezentralisierung	3
1. Zum Dezentralisierungsbegriff	3
2. Zur Zielsetzung der Dezentralisierung	8
B. Methodische Grundlagen der Untersuchung	8
I. Methodischer Ansatz	8
II. Thematische Ausrichtungen der Untersuchung	12
III. Verwendete Quellen	12
1. Amts- bzw. Gesetzblätter	13
a. Das Bulletin des lois	14
b. Das Bulletin administratif du Sénégal	14
c. Moniteur, Feuille officielle und Journal officiel du Sénégal et dépendances	15
d. Das Amtsblatt Französisch-Westafrikas (Journal officiel de l'Afrique occidentale française)	17
e. Das Amtsblatt der Kolonie Obersenegal-Niger	18
f. Die Amtsblätter Obervoltas, der Elfenbeinküste und Burkina Fasos	19
2. Archive und andere Dienststellen	21
3. Repertorien und Monographien (Sekundärliteratur)	22
a. Repertorien	22
b. Monographien	25
4. Parlamentaria und andere von der Verwaltung verfaßte Dokumente	26
5. Zeitzeugen und andere Auskunftspersonen	26
IV. Aufgetretene Schwierigkeiten	27
1. Fehlende Kenntnis der Bedeutung und des Inhalts der Archive	27
2. Probleme sachgemäßer Konservierung	27
3. Probleme im Zusammenhang mit der Nutzung der Archive	28
4. Empfehlungen	29
V. Sonstige Hinweise, insbesondere zur Übersetzung, zu Sprachregelungen und zur Schreibweise von Namen	29
Teil 2: Die historische Entwicklung von Staat und Verwaltungsaufbau im französisch-sprachigen Westafrika	33
A. Ausgangspositionen im Vergleich: Entwicklungslinien des Staates in Industrie- und Entwicklungsländern	33
I. Das oft herangezogene Referenzmodell: Entstehung und Entwicklung des Staates in Europa	34

II.	Die Terra incognita der klassischen Staatslehre und Staatsrechtswissenschaft: die Genese des Staates außerhalb Europas und des europäisch beeinflußten Raumes am Beispiel der Region Westafrika	40
1.	Der Staatsbegriff im historischen außereuropäischen Kontext	40
2.	Die Entstehung des Staates im außereuropäischen Kontext: das Beispiel der Region Westafrika	42
a.	Grundlagen der Staatsgründung in Westafrika	42
b.	Das Reich Gana	43
c.	Das Reich Mali	44
d.	Das Reich der Songhaï	46
e.	Die marokkanische Herrschaft	47
f.	Weitere Staatsgründungen in Westafrika	48
g.	Reichsgründungen der Toucouleur und Fulbe: das Kalifat von Sokoto und das Reich von Massina	51
h.	El Hadj Omar und Samory Touré	52
i.	Die Eroberung und Kolonisation Afrikas durch europäische Mächte	54
j.	Charakteristika westafrikanischer Staats- bzw. Organisationsstrukturen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts – Unterschiede zum europäischen Raum	56
3.	Auswirkungen der Kolonisation auf die weitere staatliche Entwicklung in Westafrika – Herausbildung einer neuen Staatsform	56
B.	Die Verankerung europäischer Staats- und Verwaltungsstrukturen in Westafrika – das Beispiel der französisch besetzten Gebiete	57
I.	Grundpfeiler und -prinzipien: Dekonzentration, Dezentralisierung und das „Indigénat“	57
II.	Die Herausbildung und Entwicklung französischer Staats- und Verwaltungs- strukturen in Westafrika nach dem Wiener Kongreß 1815	61
1.	Französische Landnahme und Verwaltung im Senegal als Modellfall und Vorbild	62
a.	Grundlinien französischer Expansionspolitik im Senegal von 1819 bis 1900	62
b.	Zur Entwicklung des Rechtssystems in den französischen Kolonien – Assimilierung, Assoziation und Dekretregime	66
c.	Grundzüge der senegalesischen Staatsorganisation im 19. Jahrhundert	69
aa.	Der königliche Erlaß vom 7. September 1840 betreffend die Regie- rung des Senegal und der von ihm abhängigen Territorien	69
bb.	Die Ausdehnung des französischen Herrschaftsbereichs auf das Landes- innere und die Einrichtung dezentraler Verwaltungsstrukturen	71
cc.	Die Reform der dezentralen Verwaltung im Jahre 1863	75
dd.	Die innere Verwaltung des Senegal von 1882 bis 1900	77
ee.	Die zentrale Stellung des Kreiskommandanten	80
ff.	Die dezentralen Verwaltungsstrukturen unterhalb der Kreisebene – Verschränkung französischer und traditioneller Verwaltungsformen	84
gg.	Die Rolle der traditionellen Dorfchefs in der französischen Kolonial- verwaltung	85
d.	Die Herausbildung und Entwicklung der Kommunalverwaltung im Senegal bis zum Ende des 19. Jahrhunderts	88
aa.	Ausgangsposition: Von den Anfängen im 17. Jahrhundert bis zur Rück- abtretung der senegalesischen Besitzungen an Frankreich im Jahre 1816	88

bb. Der Ausbau der Stellung des Bürgermeisters in den Jahren 1816 bis 1848	89
cc. Der Stadtrat in den Jahren 1816 bis 1848	100
dd. Der erste Höhepunkt der senegalesischen Kommunalverwaltung: die Amtszeit des Bürgermeisters Valantin in Saint-Louis (1848–1851) und der Erlaß betreffend die Gemeindeverwaltung vom 1. Dezember 1848	101
ee. Die Einschränkung der Kompetenzen der Kommunalverwaltung in den Jahren 1855 bis 1872	105
ff. Die Neueinrichtung der senegalesischen Kommunen durch das Dekret vom 10. August 1872	106
gg. Die Einführung des Prinzips der Wahl des Bürgermeisters 1882 und 1884	117
hh. Die Gründung der Kommune Rufisque und die Teilung von Gorée und Dakar	121
ii. Die Einführung der Institutionen der einheimischen und gemischten Gemeinden im Jahre 1891	123
2. Die Übertragung des senegalesischen Verwaltungsmodells auf die übrigen französischen Besitzungen in Westafrika	128
a. Die Gründung Französisch-Westafrikas 1895	128
b. Die Reformen Französisch-Westafrikas von 1899 bis 1904	130
c. Die Reformen Französisch-Westafrikas 1920, 1925 und 1940	136
d. Französisch-Westafrika und die Französische Union in den Jahren 1946 bis 1956	138
aa. Die innere Organisation der französischen Überseegebiete	138
bb. Die Französische Union	140
e. Das Rahmengesetz vom 23. Juni 1956	143
aa. Der politische Kontext der Reform	143
bb. Der Inhalt des Rahmengesetzes und seiner Durchführungs- bestimmungen	145
f. Die Fünfte Republik und der Prozeß der Überführung der französischen Überseeterritorien in die Unabhängigkeit	149
aa. Gründung und Organisation der Französischen Gemeinschaft 1958	149
bb. Die Unabhängigkeit der französischen Überseegebiete und die Auf- lösung Französisch-Westafrikas	151
3. Die Entwicklung der inneren Verwaltung in den Territorien Französisch- Westafrikas	153
4. Die institutionelle Entwicklung der Gebietskörperschaften in Französisch- Westafrika	156
a. Die Gründung von Konsultativkommissionen und städtischen Haus- halten in der Elfenbeinküste	157
b. Die Übertragung der Verwaltungsform der gemischten Gemeinden vom Senegal auf das übrige Französisch-Westafrika (1912)	157
c. Die Reform der gemischten Gemeinden und die Einführung einheimi- scher Gemeinden in Französisch-Westafrika 1920/21	159
aa. Die gemischten Gemeinden	160
bb. Die einheimischen Gemeinden	164

cc. Die Entwicklung der bereits bestehenden und Gründungen neuer gemischter Gemeinden in den Jahren 1921 bis 1929	165
d. Die Reform der gemischten Gemeinden im Jahre 1929	166
e. Die Einrichtung weiterer gemischter Gemeinden in den Jahren 1929 bis 1939	167
f. Das gescheiterte Vorhaben der Schaffung von Mindergemeinden 1947	168
g. Neugründungen und Statusänderungen gemischter Gemeinden von 1953 bis 1955	170
h. Die letzte umfassende Reform der Kommunalverwaltung in Französisch-Westafrika: das Gesetz Nr. 55-1489 vom 18. November 1955	173
i. Das zunächst unvollendete Vorhaben des Rahmengesetzes – die Schaffung ländlicher Gebietskörperschaften	177
C. Entstehung und Staatswerdung Obervoltas	182
I. Der politisch-historische Kontext	182
1. Grundzüge der Entwicklung der Kolonie Obersenegal-Niger bis zu ihrer Spaltung	182
2. Gründung der Kolonie Obervolta im Jahre 1919 und Änderung ihres territorialen Zuschnitts bis 1927	183
3. Die Auflösung der Kolonie Obervolta und die Aufteilung ihres Territoriums im Jahre 1932	186
4. Die Wiederherstellung des Territoriums Obervolta im Jahre 1947	187
5. Die Entwicklung des Territoriums Obervolta nach dem Erlass des Rahmen-gesetzes 1956 und in der Französischen Gemeinschaft bis zur Erlangung der Unabhängigkeit 1960	189
6. Die Erlangung der vollen Souveränität im Jahre 1960	194
II. Die dezentrale Territorialverwaltung auf dem Gebiet Obervoltas bis 1960	195
1. Methodische Vorbemerkung	195
2. Die Entwicklung von den Anfängen der Kolonialverwaltung bis zur Spaltung der Kolonie Obersenegal-Niger, mit besonderer Berücksichtigung der Kreisebene	197
3. Die Entwicklung von der Gründung der Kolonie Obervolta 1919 bis zu ihrer Auflösung und Aufteilung ihres Territoriums 1932	205
4. Die Entwicklung in der Zeit zwischen der Auflösung Obervoltas 1932 und seiner Wiederbegründung als Überseeterritorium 1947	210
a. Die Entwicklung der der Kolonie Niger angeschlossenen Kreise	211
b. Die Entwicklung der dem Französischen Sudan zugewiesenen Teile	211
c. Die Entwicklung des an die Elfenbeinküste angeschlossenen Gebietes – die Gründung der „Verwaltungsregion Obere Elfenbeinküste“ im Jahre 1937	211
5. Die Entwicklung von der Wiederbegründung Obervoltas 1947 bis zur Unabhängigkeit 1960	213
a. Die Kreisebene	217
b. Die Subdivisionsebene	218
c. Die Verwaltungsposten	221
d. Die Kantone und Dörfer	225
e. Schlußfolgerungen	227

III.	Die Entwicklung der Kommunalverwaltung auf dem Gebiet Obervoltas bis 1960	228
1.	Von der Gründung der einheimischen Gemeinde Bobo-Dioulasso 1923 bis zur Auflösung der gemischten Gemeinde Ouagadougou 1936	228
2.	Von der Auflösung der gemischten Gemeinde Ouagadougou 1936 bis zum Erlaß des Rahmengesetzes 1956	229
3.	Vom Erlaß des Rahmengesetzes 1956 bis 1959	230
4.	Die Anfänge des „Regimes der Spezialdelegationen“	232
5.	Bestandsaufnahme sowie die Regelung der Kommunalaufsicht und des Status der kommunalen Bediensteten	234
D.	Grundzüge der Entwicklung der Staatsorganisation und Verfassunggebung von der Unabhängigkeit der Republik Obervolta 1960 bis zur Vierten Republik Burkina Fasos 1991 unter besonderer Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen betreffend die Gebietskörperschaften	235
I.	Der politisch-historische Kontext	235
1.	Die Erste Republik (1960–1966)	236
2.	Die Provisorische Militärregierung (1966–1970)	236
3.	Die Zweite Republik (1970–1974)	238
4.	Die Regierung der Nationalen Erneuerung (1974–1977)	239
5.	Die Dritte Republik (1977–1980)	240
6.	Das Regime des Militärkomitees der Wiederaufrichtung für den Nationalen Fortschritt (1980–1982)	243
7.	Der Rat für das Volksheil (1982–1983)	245
8.	Die Revolution (1983–1987) <ul style="list-style-type: none"> a. Die vorausgehende Entwicklung b. Die revolutionäre Umgestaltung des Staatsapparates c. Die Änderung des Staatsnamens und hiermit verbundene weitere Änderungen von Namen und Bezeichnungen d. Die Entwicklung bis zum Sturz des Präsidenten Sankara am 15. Oktober 1987 e. Der Prozeß der „Rectification“ – die Rückkehr zum Verfassungsstaat (1987–1991) 	246
9.	Die Vierte Republik (seit 1991)	253
10.	Die Gebietskörperschaften im Spiegel der Verfassungen seit 1959 <ul style="list-style-type: none"> a. Die Verfassung der Republik Obervolta vom 19. März 1959 b. Die Verfassung der Ersten Republik vom 30. November 1960 c. Die Verfassung der Zweiten Republik vom 29. Juni 1970 d. Die Verfassung der Dritten Republik vom 13. Dezember 1977 e. Die Verfassung Burkina Fasos vom 11. Juni 1991 f. Zusammenfassung 	254
II.	Die Entwicklung der dezentralisierten staatlichen Verwaltung	258
1.	Die dezentrale Territorialverwaltung Obervoltas von der Unabhängigkeit 1960 bis zur „Departementalisierung“ im Jahre 1974 <ul style="list-style-type: none"> a. Die in den ersten zwei Anläufen gescheiterte „Departementalisierung“ des Landes <ul style="list-style-type: none"> aa. Das Gesetz Nr. 3-63-AN vom 29. Januar 1963 bb. Die gesetzesvertretende Verordnung Nr. 70-47 PRES.IS.DI vom 12. Oktober 1970 	258

b.	Die Entwicklung der Ebenen der dezentralisierten staatlichen Verwaltung unter der Ersten Republik (1960–1966)	261
aa.	Die Entwicklung der Kreisebene	261
bb.	Die Entwicklung der Subdivisionsebene unter der Ersten Republik (1960–1966)	263
cc.	Die Entwicklung der Ebene der Verwaltungsposten	265
dd.	Die Verschlechterung der Beziehung zwischen republikanischer Staatsführung und traditioneller Chefferie in den Kantonen und Dörfern	266
c.	Zusammenfassende Darstellung der Entwicklung der dezentralisierten staatlichen Verwaltung von 1947 bis 1966	267
d.	Die Entwicklung der Ebenen der dezentralisierten staatlichen Verwaltung unter der Provisorischen Militärregierung und der Zweiten Republik (1966–1974)	271
2.	Die Entwicklung der dezentralisierten Territorialverwaltung Obervoltas von der „Departementalisierung“ im Jahre 1974 bis zur Revolution 1983	275
a.	Die im dritten Ansatz gelungene Untergliederung des Staatsgebietes in Departements 1974/79	275
b.	Die Umgestaltung der dezentralisierten staatlichen Verwaltung aufgrund der gesetzesvertretenden Verordnung Nr. 74-45 PRES.IS.DI. vom 2. Juli 1974	277
aa.	Departement und Präfekt	278
bb.	Der Unterpräfekt	280
cc.	Arrondissement und Arrondissemetsvorsteher	281
dd.	Der Dorfchef	281
ee.	Die beratenden Organe auf den verschiedenen Verwaltungsebenen	282
c.	Die Entwicklung der Unterpräfekturen und Arrondissements in den Jahren 1979 bis 1982	284
aa.	Die Ebene der Unterpräfekturen	284
bb.	Die Ebene der Arrondissements	288
3.	Die Entwicklung der dezentralisierten Territorialverwaltung des Landes von der Revolution 1983 bis zur Gründung der Vierten Republik 1991	296
a.	Die Umgestaltung der Verwaltungsorganisation aufgrund der gesetzesvertretenden Verordnung Nr. 83-21 CNR.PRES.IS vom 14. November 1983	296
aa.	Unschärfe der Rechtsterminologie und Doppelstruktur von öffentlicher Verwaltung und revolutionärer Kommandostruktur	296
bb.	Die revolutionäre Verwaltungsorganisation	298
b.	Die territoriale Untergliederung des Staatsgebietes von 1983 bis 1991	301
aa.	Die Gebietsreform von 1983	301
bb.	Die Gebietsreform von 1984/85	306
cc.	Der Sonderfall der Provinz Kadiogo	313
c.	Die Verwaltungsorganisation nach dem Zatu Nr. AN VII 10 FP-PRES vom 12. Oktober 1989	314
III.	Die Entwicklung der Formen der dezentralisierten Verwaltung in Obervolta bzw. Burkina Faso von der Unabhängigkeit 1960 bis zur Gründung der Vierten Republik im Jahre 1991	317
1.	Die Entwicklung der Kommunen und der Kommunalverwaltung von 1960 bis 1991	317

a. Wahlmanipulation und Spezialdelegationen (1960–1983)	318
aa. Die gesetzliche Grundlage der Spezialdelegation aus dem Jahre 1959	319
bb. Die Entwicklung unter der Ersten Republik (1960–1966)	319
cc. Die Entwicklung von der Machtergreifung der Provisorischen Militärregierung bis zum Ende der Dritten Republik (1966–1980)	320
dd. Die Entwicklung von der Machtergreifung durch das CMRPN bis zur Revolution (1980–1983)	322
b. Die Organe der Kommunalverwaltung (1960–1983)	323
c. Mangelnde Finanzautonomie und Haushaltsmittel	324
d. Entwicklungen im Bereich der Aufsicht über die Gebietskörperschaften	327
e. Der Status der kommunalen Bediensteten (1960–1983)	328
f. Neugründungen von Kommunen (1970–1982)	328
g. Die Umgestaltung der Kommunalverwaltung unter der Revolution (1983–1991)	330
aa. Die gesetzesvertretende Verordnung Nr. 83-21 CNR.PRES.IS vom 14. November 1983	330
bb. Das Zatu Nr. AN VII 10 FP-PRES vom 12. Oktober 1989	330
h. Neugründungen von Kommunen unter der Revolution	334
i. Die Sonderfälle Ouagadougous und Bobo-Dioulassos	337
aa. Die Entwicklung 1960–1983	337
bb. Die Entwicklung unter der Revolution (1983–1991)	339
2. Die ländlichen Gebietskörperschaften (1960–1974)	340
a. Die Vorgaben des Rahmengesetzes vom 23. Juni 1956	340
b. Die Rechtsgrundlagen für die Schaffung der ländlichen Gebietskörperschaften in Obervolta (1960)	341
aa. Organisatorische Grundsätze	341
bb. Organe	342
cc. Übertragung von Ressourcen vom Staat auf die ländlichen Gebietskörperschaften	345
dd. Finanzen	346
ee. Personal	348
ff. Übergangsbestimmungen für die Anfangsphase	349
c. Die Organismen für die ländliche Aktion (OAR)	349
d. Die Gründung der ländlichen Gebietskörperschaften im November 1960 und erste Erfahrungen	350
aa. Gründungsakte und die ersten Wahlen	350
bb. Finanzen	353
cc. Übertragung von Kompetenzen und Ressourcen	354
e. Die Reform der ländlichen Gebietskörperschaften in den Jahren 1963/64	356
aa. Das Gesetz Nr. 36-63-AN vom 24. Juli 1963	356
bb. Das Gesetz Nr. 15-64 AN. vom 30. Oktober 1964	357
cc. Finanzen	359
dd. Neuwahlen der Räte in den Jahren 1964 und 1965	360
f. Der Niedergang von der Machtergreifung der Provisorischen Militärregierung 1966 bis zur Verwaltungsreform von 1974	361
aa. Einsetzung von Spezialdelegationen	361
bb. Fortbestand nach der Reorganisation der Territorialverwaltung im Jahre 1966	362

cc. Wachsende Schwierigkeiten	362
g. Die Auflösung der ländlichen Gebietskörperschaften 1974	363
h. Schlußfolgerungen	363
3. Die Departements (1974–1983)	364
a. Organe	364
aa. Der Departementsrat	365
bb. Die Departementskommission	366
b. Finanzen	366
c. Vergleich der Organisation von Departement und ländlicher Gebietskörperschaft	369
d. Das demokratische Defizit – ernannte Spezialdelegationen anstelle von gewählten Räten	369
4. Die Entwicklung der Provinzen von der Revolution (1983) bis zur Entstehung der Vierten Republik (1991)	371
a. Die gesetzesvertretende Verordnung Nr. 83-21 CNR.PRES.IS vom 14. November 1983	371
aa. Organisation	371
bb. Finanzen	372
b. Das Zatu Nr. AN VII 10 FP-PRES vom 12. Oktober 1989	373
5. Die Regionalen Entwicklungsorganismen (Organismes Régionaux de Développement – O.R.D.) als Sonderform der dezentralisierten Verwaltung (1965–1987)	376
a. Gründung der ORD	376
b. Organisation und Tätigkeitsfelder	381
c. Zur tatsächlichen politischen und administrativen Bedeutung der ORD	383
6. Der unverwirklichte Dezentralisierungsansatz des CMRPN aus dem Jahre 1981	384
E. Der Neubeginn unter der Vierten Republik – die Entwicklung der dezentralisierten und dezentralisierten Verwaltungsstrukturen seit 1991	385
I. Überblick	385
II. Die Übergangsregelung der gesetzesvertretenden Verordnung Nr. 91-48 PRES vom 7. August 1991	387
1. Organisation	387
a. Die Dorföbene	387
b. Die Kommune	388
c. Die Departementsebene	388
d. Die Provinzöbene	388
2. Die Sonderfälle der Provinz Kadiogo und ihrer fünf Kommunen sowie der Stadt Bobo-Dioulasso	389
3. Rückgang der Einnahmen der Gebietskörperschaften	391
III. Die Entwicklung der dezentralisierten Territorialverwaltung Burkina Fasos seit 1993	392
1. Die Organisation der Territorialverwaltung von 1993 bis zur Regionalisierung im Jahre 2001	392
a. Das Gesetz Nr. 003/93/ADP vom 7. Mai 1993	392
aa. Allmähliche erneute Klärung der Rechtsterminologie	392
bb. Das Dorf	393
cc. Das Departement	393

dd. Gewählte Organe mit beratender Funktion – der nicht verwirklichte Teil der Reform	393
ee. Grundprinzipien der Dekonzentration – die Rolle der staatlichen Vertreter	395
b. Die Gesetze Nr. 040/98/AN vom 3. August 1998 und 041/98/AN vom 6. August 1998	396
c. Die Gründung des Ministeriums für Territorialverwaltung und Dezentralisierung (MATD) im November 2000	398
d. Die Gebietsreform des Jahres 1996	399
2. Die Organisation der Territorialverwaltung von der Regionalisierung im Jahre 2001 bis heute	410
a. Die Regionalisierung im Jahre 2001	410
aa. Vorgeschichte und Gründe für die Regionalisierung	410
bb. Die Durchsetzung der Reform im Juli 2001	413
cc. Die neue Verwaltungsorganisation – der Gouverneur der Region	415
dd. Verzögerungen bei der Umsetzung der Reform – die teilweise Verfassungswidrigkeit der Dezentralisierungsgesetze und regierungsinterne Abstimmungsschwierigkeiten	417
ee. Die Ernennung und Amtseinführung der Gouverneure zum Jahresende 2004	422
b. Unklarheiten hinsichtlich der Stellung der Dörfer im Verwaltungsaufbau	423
c. Neuorganisation der Laufbahngruppen der Territorialverwaltung	424
IV. Die Entwicklung der Gebietskörperschaften in Burkina Faso seit 1992	424
1. Die fünf Dezentralisierungsgesetze aus dem Jahre 1993	424
a. Allgemeine organisatorische Grundsätze	424
b. Die Provinzen	426
aa. Der Provinzrat	426
bb. Finanzen	427
c. Die Beziehungen zwischen Staat und Gebietskörperschaften mit besonderer Berücksichtigung der Aufsicht	429
d. Spezialdelegationen in der Übergangszeit	431
e. Allgemeine Regelungen zur Bestimmung der Zuständigkeiten und Partnerschaften	431
f. Organisation und Verwaltung der Kommunen	431
aa. Allgemeine organisatorische Grundsätze – Voll- und Mindergemeinden	431
bb. Der Stadtrat	433
cc. Die Kommunalaufsicht	434
dd. Die kommunalen Finanzen	435
ee. Bürgermeister und Vorstand des Stadtrates	436
ff. Das kommunale Verwaltungspersonal	439
gg. Sonstige Bestimmungen	440
g. Die Sonderfälle der Städte Ouagadougou und Bobo-Dioulasso	441
aa. Provinz Kadiogo und Stadt Ouagadougou	441
bb. Die Stadt Bobo-Dioulasso	443
2. Strategie und Planung des Dezentralisierungsprozesses ab 1993	443
3. Gründung und Aufnahme der Tätigkeit der Nationalen Dezentralisierungskommission (CND) ab 1993	445
a. Gründung und institutionelle Verankerung	445

b.	Organisation	446
c.	Aufgaben	446
d.	Arbeitsaufnahme und Funktionsweise	447
e.	Die „Instrumente“ der CND – SAGEDECOM und FODECOM	448
4.	Weitere Verschlechterung der Finanzlage der Kommunen – unzureichende Kompensationen	448
5.	Die ersten Kommunalwahlen der Vierten Republik (1995)	450
6.	Ein neuer Akteur – der kommunale Spitzenverband Burkina Fasos (AMBF)	452
a.	Gründung (1995)	452
b.	Zielsetzung	452
c.	Organisation	453
d.	Umbenennung und Reorganisation (2001)	453
7.	Die zweite Stufe der Reform: die Verabschiedung der Texte zur Orientierung der Dezentralisierung (Textes d’Orientation de la Décentralisation – TOD) im Jahre 1998	454
a.	Allgemeines	454
b.	Das Gesetz Nr. 040/98/AN vom 3. August 1998	455
aa.	Überblick	455
bb.	Grundprinzipien und Leitlinien des Reformprozesses	455
cc.	Ein wesentlicher Unterschied zur deutschen Konzeption der Kommunalverwaltung: Aufgaben- und Zuständigkeitskataloge statt Allzuständigkeit der Gemeinden	456
dd.	Leitmotive und Werte	456
ee.	Organisation des Staatsgebietes	457
c.	Das Gesetz Nr. 041/98/AN vom 6. August 1998	458
aa.	Allgemeines	458
bb.	Die Kommunen	458
cc.	Organisation und neue Rolle der dezentralisierten staatlichen Verwaltung	459
dd.	Das Prinzip der Selbstverwaltung der Gebietskörperschaften	460
ee.	Die „Achillesferse“ des burkinischen Dezentralisierungsprozesses – die effektive Übertragung von Aufgaben und Zuständigkeiten vom Staat auf die Gebietskörperschaften	461
ff.	Finanzen	463
gg.	Die Beziehungen zwischen Staat und Gebietskörperschaften – Finanzausgleich und Aufsicht	464
hh.	Kooperationen, Partnerschaften und wirtschaftliche Betätigung	467
d.	Das Gesetz Nr. 042/98/AN vom 6. August 1998	468
aa.	Die Provinz	468
bb.	Die Kommune	471
cc.	Sonstiges	476
dd.	Die beiden Kommunen mit Sonderstatus	477
e.	Kommunalisierung nach dem „Agglomerations-Ansatz“ – ein typisches konzeptionelles Element der TOD	477
f.	Das Programmgesetz Nr. 43/98/AN vom 6. August 1998 und seine gescheiterte Umsetzung	478
8.	Bestandsaufnahme der städtischen und ländlichen Gemeinden im Jahre 1999	480

9. Die zweiten Kommunalwahlen der Vierten Republik (2000)	481
10. Schaffung der Ehrenmedaille der Gebietskörperschaften	484
11. Der Kompetenzkonflikt zwischen dem Ministerium für Territorialverwaltung und der CND – Reibungsverluste in einer entscheidenden Phase des Reformprozesses	484
a. Grundlagen und Eskalation des Konflikts	484
b. Eingliederung der CND und ihrer Instrumente in das Ministerium für Territorialverwaltung im Jahre 2002	487
c. Auflösung der CND und Gründung der CONAD (2007/2008)	487
12. Die Schaffung der Regionen im Juli 2001	489
13. Stillstand der Reform (2001–2004)	489
14. Das Allgemeine Gesetzbuch über die Gebietskörperschaften in Burkina Faso vom 21. Dezember 2004 und das Gesetz Nr. 014-2006/AN vom 9. Mai 2006 über die Ressourcen und Belastungen der Gebietskörperschaften	490
a. Redaktionelle Aspekte	491
b. Neuformulierung der Grundprinzipien der Dezentralisierung	491
c. Die erste Grundsatzentscheidung des CGCT: die Abschaffung der Provinz als Gebietskörperschaft	492
d. Die zweite konzeptionelle Grundsatzentscheidung: die flächendeckende Kommunalisierung („entrée départementale“)	492
e. Der dörfliche Entwicklungsrat (CVD)	493
f. Die Kommune mit Sonderstatus	494
g. Die Beziehungen zwischen Staat und Gebietskörperschaften, insbesondere die Aufsicht	495
h. Übertragung von Aufgaben und Zuständigkeiten vom Staat auf die Gebietskörperschaften	495
i. Finanzen	496
aa. Die allgemeinen Regelungen des CGCT	496
bb. Die Ressourcen und Belastungen der Gebietskörperschaften nach dem Gesetz Nr. 014-2006/AN vom 9. Mai 2006	497
cc. Der Ständige Fonds für die Entwicklung der Gebietskörperschaften (FPDCT)	501
dd. Kooperationen, Partnerschaften und wirtschaftliche Betätigung	502
ee. Die Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Bediensteten der Gebietskörperschaften durch das Gesetz Nr. 027-2006/AN vom 5. Dezember 2006	503
ff. Organisation der Regionen	503
gg. Organisation der städtischen und ländlichen Gemeinden	504
hh. Die revidierte Terminplanung für die Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses	505
15. Die dritten Kommunalwahlen der Vierten Republik (2006)	506
16. Wahlen und Einsetzung der Regionalräte (2006)	510
17. Die Grundsatzentscheidung der Beibehaltung eines einheitlichen kommunalen Spaltenverbandes in Burkina Faso (2006)	511
18. Die Schaffung des Amtes eines Staatsministers für die Gebietskörperschaften (2006)	511
19. Übertragung von Kompetenzen und Ressourcen vom Staat auf die Gebietskörperschaften – Nadelöhr und Dauerproblem der Reform	512

20. Die Gründung der Vereinigung der Regionen Burkina Fasos (ARBF)	513
Teil 3: Dezentralisierung im Fadenkreuz oder als Rahmenbedingung der anderen Reformen? – Aktuelle Fragestellungen und Probleme	515
A. Dezentralisierung und die Armutsbekämpfungsstrategie Burkina Fasos	515
I. Die Absichtserklärung zur Politik der nachhaltigen menschlichen Entwicklung (LIPDHD) aus dem Jahre 1995	516
II. Die erste Fassung der Armutsbekämpfungsstrategie (CSLP) aus dem Jahre 2000	518
III. Die überarbeitete Fassung der Armutsbekämpfungsstrategie (CSLP) aus dem Jahre 2004	520
B. Dezentralisierung im Verhältnis zum burkinischen Konzept der Guten Regierungsführung (PNBG)	523
I. Der Nationale Plan für Gute Regierungsführung in Burkina Faso für die Jahre 1998–2003	523
1. Verabschiedung und strategische Verankerung	523
2. Das burkinische Konzept der Guten Regierungsführung	523
3. Verbindung zur Dezentralisierung	524
II. Die Nationale Politik der Guten Regierungsführung für den Zeitraum 2005–2015	525
1. Verabschiedung und strategische Verankerung	525
2. Das revidierte Konzept der Guten Regierungsführung	526
3. Verbindung zur Dezentralisierung	526
4. Selbstkritische Ausführungen im Zusammenhang mit der Dezentralisierung	526
5. Weitere selbstkritische Ausführungen allgemeiner Art	527
6. Grundprinzipien der Guten Regierungsführung und Zielsetzung der lokalen Regierungsführung	527
C. Dezentralisierung im Zusammenhang mit der Globalen Reform der Öffentlichen Verwaltung (RGAP)	529
I. Gesetzliche Grundlagen	529
II. Ziele und strategische Verankerung der RGAP	531
III. Verbindungen zur Dezentralisierung	531
D. Aktuelle Fragestellungen im Zusammenhang mit der Finanzverwaltung	531
I. Zum Prinzip der Einheitskasse der öffentlichen Hand	532
II. Zur Dekonzentration des Finanzministeriums	534
E. Dezentralisierung im Verhältnis zur Bodenreform und Raumordnungsplanung	537
I. Gesetzliche Grundlagen	537
II. Zusammenhang mit der Dezentralisierung	538
III. Der institutionelle Rahmen der Agrar- und Bodenreform	538
IV. Das Politikdokument zur dezentralisierten ländlichen Entwicklung (LPDRD) aus dem Jahre 2002 und Ergänzungen zum institutionellen Rahmen der Agrar- und Bodenreform	539
V. Die teilweise Zweckentfremdung der Dorfkommissionen für die Bodenverwaltung (CVGT)	540
F. Dezentralisierung und die Strategie für die ländliche Entwicklung (SDR) bis zum Jahre 2015	542
G. Aktuelle Probleme auf dem Gebiet des Bodenrechts	542
I. Bodenrechtliche Probleme in den Städten – Grundstücke als Objekte von Spekulation und Korruption	543

II.	Bodenrechtliche Probleme im ländlichen Raum – eskalierende Konflikte zwischen Landwirten und Viehzüchtern	544
H.	Anwendung der Dezentralisierung auf Sektorpolitiken – die „Nagelprobe“ der Reform am Beispiel der Trinkwasserversorgung	546
I.	Verknüpfung von Dezentralisierung und Sektorpolitiken als Voraussetzung für den Erfolg der Reform	546
II.	Dezentralisierung und Trinkwasserversorgung in Burkina Faso	547
1.	Zur Stellung der Trinkwasserversorgung in den Entwicklungspolitiken der Vereinten Nationen und Burkina Fasos	547
a.	Die allgemeinen Vorgaben der Vereinten Nationen	547
b.	Die konkreten Zielsetzungen Burkina Fasos	548
2.	Der Reformansatz des integrierten Wasserressourcenmanagements in Burkina Faso	548
a.	Zum Konzept des integrierten Wasserressourcenmanagements	548
b.	Der institutionelle Rahmen des integrierten Wasserressourcenmanagements	549
aa.	Rechtliche Grundlagen	549
bb.	Verwaltungsaufbau	552
3.	Dezentralisierung und integriertes Wasserressourcenmanagement – zum Zusammenspiel zweier aufeinander angewiesener Reformansätze in der Praxis	559
Teil 4: Schlußfolgerungen, Empfehlungen und Ausblick		567
A.	Die frankophonen Staaten Westafrikas – politische und Verwaltungssysteme <i>sui generis</i>	567
B.	Der Gebietszuschnitt Obervoltas bzw. Burkina Fasos	567
I.	Zur Erschließung des Staatsgebietes durch die koloniale und die republikanische Verwaltung	567
II.	Von punktuellen Gründungen dezentralisierter Verwaltungsstellen zu flächendeckenden Reformmaßnahmen	568
III.	Die Regel der wiederkehrenden Anzahl von dezentralisierten Verwaltungseinheiten	568
C.	Dezentralisierung in Burkina Faso als Verfahrensproblem	569
I.	Kommunikation	569
II.	Interministerielle Koordination	570
III.	Verfahrensrechtliche Defizite, insbesondere im Bereich der Aufsicht	571
D.	Defizitäre Umsetzung der die Dezentralisierung begleitenden Dekonzentration und diesbezügliche Korrekturmaßnahmen	572
I.	Defizitäre Umsetzung der Dekonzentration	572
II.	Das Dekret Nr. 2005-203/PRES/PM/MFPRE/MATD/MFB vom 6. April 2005 betreffend die Grundprinzipien der Verwaltungsdekonzentration	573
III.	Möglichkeiten einer Verschlankung der dezentralisierten Strukturen der Territorialverwaltung	574
E.	Umsetzung der Dezentralisierung in den von ihr betroffenen Sektorpolitiken	575
I.	Zur Übertragung von Aufgaben, Zuständigkeiten und Mitteln auf die Gebietskörperschaften	575
II.	Zu den rechtlichen Voraussetzungen der effektiven Wahrnehmung der den Gebietskörperschaften übertragenen Verantwortlichkeiten, insbesondere in bezug auf die Planung, Realisierung und Unterhaltung von Infrastrukturen	577

III. Zur Steigerung der Fähigkeiten der gewählten Vertreter der Gebietskörperschaften	578
F. Lokale Wirtschaftsförderung und regionale Integration	579
G. Ausblick	580
Anhang: Die Verfassung des Reiches Walo (Senegal) vom 10. Oktober 1859	583
Literaturverzeichnis	588
I. Monographien, Lehrbücher und Textsammlungen	588
II. Aufsätze und Kurzbeiträge	593
III. Amtliche Dokumente	597
1. Rechtstexte (chronologisch geordnet)	597
2. Parlamentaria (chronologisch geordnet)	747
3. Gerichtsentscheidungen und Entscheidungen anderer höchster Institutionen (chronologisch geordnet)	749
4. Amtliche Bekanntmachungen, Berichte, Rundschreiben und Ansprachen (chronologisch geordnet)	752
5. Protokolle, Studien, Berichte, Entscheidungen und amtliche Korrespondenz (chronologisch geordnet)	756
6. Dokumente der Vereinten Nationen und sonstige amtliche Dokumente (alphabetisch geordnet)	762
IV. Studien, Gutachten und Vorträge	766
V. Zeitungsartikel (chronologisch geordnet)	767
VI. Auskunftspersonen	768
VII. Internet-Quellen	769
VIII. Karten, Atlanten und Photographien	770
IX. Sonstige	771
Namensverzeichnis	772
Abbildungsteil	791